

ihres Zustandes zwecks leichteren Absatzes bei anderen Gewerbetreibenden, die nicht wie die Pfandleiher einer ständigen und zu einer größeren Vorsicht anregenden polizeilichen Kontrolle unterliegen.

22.

Haftung für Fahrlässigkeit beim Kriegswucher.

Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Heßlenfeld, München.

Die BBZ. vom 23. März 1916 (RGBl. S. 183) trifft in Art. I für vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen § 6 Nr. 1 u. 2 StPG. und in Art. II für vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen § 5 Nr. 1 StGB. besondere Strafbestimmungen. Daraus folgt zunächst nur, daß auch die fahrlässige Begehung gerade der aufgeführten Zuwiderhandlungen dann strafbar ist, wenn sie nach dem Inkrafttreten der BBZ., d. i. nach dem 1. April 1916 (Art. III) erfolgte. Es drängt sich sofort die Frage auf, warum die BBZ. gerade nur bei Nr. 1 u. 2 des § 6 StPG. und bei Nr. 1 des § 5 StGB. den Voratz hervorhebt, nicht dagegen auch bei den übrigen Tatbeständen der beiden Gesetze. Will sie bei allen übrigen Tatbeständen etwa nur die vorsätzliche Begehung unter Strafe gestellt wissen? Eine solche Annahme wäre unvereinbar mit dem Wortlaut und Zweck der BBZ. Sie bezweckt, wie auch die durch sie eingeführte Erweiterung der strafrechtlichen Tatbestände und die gleichfalls durch sie erst geschaffene Möglichkeit der Veröffentlichung des Urteils bei der StGB. ersehen lassen, dem immer mehr um sich greifenden Kriegswucher wirksamer als bisher entgegenzutreten. Mit diesem Zweck läßt sich aber schlechterdings die Annahme nicht vereinigen, die BBZ. gehe bei den übrigen, nicht besonders hervorgehobenen Tatbeständen davon aus, daß nur ein vorsätzliches Zuwiderhandeln strafbar sein solle. Sie will vielmehr offensichtlich nur die besonders aufgeführten Fälle als schwerere Fälle des in beiden Gesetzen behandelten Kriegswuchers betrachtet wissen. Der Grund hierfür dürfte darin zu erblicken sein, daß nur in diesen Fällen ein strafbarer Gewinn festgestellt werden kann, der durch eine Erhöhung der Geldstrafe getroffen werden soll (Alsb. Berg, Kriegswucherstrafrecht S. 72 f.). Die vorhin gestellte Frage ist daher zu verneinen. Soweit allerdings die in Nr. 2 mit 4 des § 5 StGB. aufgeführten Vergehen in Frage kommen, dürfte wohl nur eine vor-

jähliche Begehung denkbar sein, weil hier eine bestimmte Absicht des Täters verlangt wird. Das Gleiche wird zu gelten haben hinsichtlich des Verheimlichens und nach dem Sinne der BB.D. hinsichtlich des Nichtnachkommens der Aufforderung nach § 6 Nr. 4 u. 5 StGB. (Lobc, JW. 1916 S. 934), so daß die Möglichkeit fahrlässiger Begehung außer in den in der BB.D. aufgeführten Fällen nur noch in den Fällen des § 6 Nr. 3 u. 6 StGB. und des § 5 Nr. 5 StGB. gegeben ist.

Schon vor dem Inkrafttreten der BB.D. vom 23. März 1916 bestanden Zweifel darüber, ob fahrlässige Verfehlungen gegen das StGB. und gegen die StGB. strafbar seien. Die Übung des StGB., bei Verbrechen und Vergehen die Strafbarkeit fahrlässiger Begehung ausdrücklich hervorzuheben und der Umstand, daß die Kriegswucherbestimmungen an die Vorschriften des allgemeinen Wucherstrafrechts anknüpfen (Kosffa, JW. 15, 879), führten dazu, nur die vorsätzliche Begehung für strafbar zu erklären (Hachenburg, DJZ. 1915 S. 852; v. Liszt, Zeitschr. f. d. ges. Strafr. Wissensth. Bd. 37 S. 46 f.). Die Zweifel konnten durch die BB.D. neue Nahrung gewinnen. Man konnte sich sagen, in der BB.D. sei zum ersten Male der Vorstoß als Schuldform erwähnt und daher habe die BB.D. erst auch die fahrlässigen Zuwiderhandlungen zu strafbaren Vergehen gestempelt, diese seien sohin bisher straffrei gewesen. Eine derartige Folgerung wäre indessen verfehlt. Aus der Fassung der BB.D. ergibt sich, daß der Gesetzgeber die fahrlässige Begehung von jeher für strafbar gehalten hat. Die bloße Ansicht des Gesetzgebers kann aber, wenn sie sich aus den bisherigen Gesetzen weder ausdrücklich noch stillschweigend ergibt, die Strafbarkeit der vor dem 1. April 1916 verübten fahrlässigen Vergehen nicht begründen. Das könnte sie nur dann, wenn die BB.D. vom 23. März 1916 den Charakter einer authentischen Legalinterpretation hätte, sich also als ein Gesetz mit rückwirkender Kraft darstellen würde. Dazu wäre aber erforderlich, daß die BB.D. sich mit ausdrücklichen Worten oder sonst unzweideutig die Eigenschaft einer Legalinterpretation beigelegt hätte. Im Zweifel ist diese Eigenschaft nicht zu unterstellen. Darin, daß der Gesetzgeber nur seiner Ansicht Ausdruck verleiht, kann eine solche unzweideutige Erklärung nicht gefunden werden. Aus dem Wortlaut der BB.D. ergibt sich aber nicht mehr, als der Ausdruck dieser Ansicht; der Wille, das frühere Gesetz mit rückwirkender Kraft auszulegen, tritt nirgends hervor. Dazu lag auch keine Veranlassung vor. Die Rechtsprechung, insbesondere die des Reichsgerichts, vertrat von Anfang an den Standpunkt, daß auch

fahrlässige Vergehen gegen die Kriegswuchergesetze strafbar seien (§. 49, 116), stimmte also überein mit der in der WBD. vertretenen Ansicht. Die Legalinterpretation aber wird regelmäßig nur erlassen, um einer dem Gesetzgeber mißfallenden Rechtsprechung gegenüber eine andere Auffassung zur Geltung zu bringen oder Streitigkeiten in der Rechtsprechung zu schlichten (Dernburg, Pandekten Bd. 1 § 37). Die WBD. entscheidet hiernach die Frage, ob die vor dem 1. April 1916 fahrlässig begangenen Kriegswucherergehen strafbar sind, nicht. Die Frage ist vielmehr aus den bisherigen Vorschriften heraus zu beantworten.

Die fahrlässige Begehung von Vergehen ist strafbar, wenn das Gesetz dies ausdrücklich ausdrückt oder wenn sich aus dem Inhalt und Zweck des Gesetzes die Strafbarkeit ergibt (RG. 22, 43; 30, 354; 45, 394; vgl. auch Köhler in der bay. Zeitschr. f. Rechtspflege Bd. 11 S. 26; Oberst. LG. in Bayern im Weibl. z. Just. WBl. 1915 S. 21 ff.). Die Kriegswuchergesetze sind Ausnahme Gesetze, dazu bestimmt, schwerste, durch den Kriegszustand herbeigeführte Gefahren abzuwehren. Sie sollen die Durchführung der kriegerischen Unternehmungen sichern, indem sie einer Gefährdung der Ernährung und Unterhaltung des Heeres und der Zivilbevölkerung vorbeugen (RG. 49, 119). Speziell durch das HPG. und die PStWD. soll die Gefahr einer übermäßigen Teuerung der für die Gesamtheit der Bevölkerung notwendigen Bedarfsgegenstände abgewandt werden. Die Preise dieser Gegenstände sollen möglichst niedrig gehalten werden, um allen das Durchhalten zu ermöglichen. Der Versorgung der Allgemeinheit gilt also der Schutz dieser Gesetze. Aus diesem erkennbaren Zweck ergibt sich mit Sicherheit, daß sie präventiv-polizeilichen Charakter haben. Dieser „Gefährdungscharakter“ mußte u. a. dazu führen, den Begriff „Gegenstände des täglichen Bedarfs“, wie er sich im HPG. und in der PStWD. findet, möglichst weit zu fassen (RG. im Recht 1916 S. 398); er hat den Gesetzgeber veranlaßt, in § 5 Abs. 2 der WBD. vom 23. Juli 1915 die Einziehung der Vorräte zuzulassen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht, ferner in § 5 Nr. 1 a. a. D. das bloße „Fordern“ und sich „Versprechenlassen“ unter Strafe zu stellen. Der so überall deutlich hervortretende polizeiliche Charakter der Kriegswuchergesetze hat das Reichsgericht bestimmt, die Marktlage auch dann nicht schlechthin als Maßstab der Preisbemessung anzuerkennen, wenn sie unbeeinflusst von unlauteren Machenschaften das normale Produkt der Kriegswirtschaftsverhältnisse ist (RG. im

Recht 1916 S. 344). Er muß auch dazu führen, fahrlässige Verfehlungen zu bestrafen, denn der hervor gehobene Zweck wäre nur unvollkommen zu erreichen, wollte man die Strafandrohung auf vorsätzliche Verfehlungen beschränken. In sehr vielen Fällen wird sich gar nicht feststellen lassen, ob aus Vorsatz oder aus Fahrlässigkeit gehandelt wurde (RG. 49, 116; Alsb. 69 ff.; jetzt auch v. Liszt in JW. 1916 S. 1159). Der Zweck der Kriegswuchergesetze führt weiter dazu, daß an die von dem einzelnen zu beobachtende Sorgfalt ein ganz besonders strenger Maßstab anzulegen ist, so daß Fahrlässigkeit im einzelnen Falle leicht gegeben sein wird, wenn auch immerhin die individuellen Fähigkeiten zu berücksichtigen sein werden.

Nicht angängig ist es, die Strafbarkeit früherer fahrlässiger Zuwiderhandlungen beim SPG. anzunehmen, nicht dagegen bei der PStVO., wie es Bittinger (Zeitschr. f. d. ges. Strafr. Wissensch. 38, 197) tut. Der Zweck ist bei beiden Gesetzen derselbe. Er allein ist entscheidend. Die Frage, ob im konkreten Falle Fahrlässigkeit gegeben ist, hat mit dem Zwecke nichts zu tun.

Aus diesen Erörterungen ergibt sich, daß der Gesetzgeber alle Veranlassung gehabt hätte, sich in jedem einzelnen Falle darüber auszusprechen, ob seine Strafandrohungen nur dem vorsätzlichen oder auch dem fahrlässigen Zuwiderhandeln, oder beiden gelten sollen. Dann wären die besprochenen Zweifel von vornherein ausgeschlossen gewesen. Genügendes Erkennbarmachen der Schuldform verlangen besonders diejenigen Gesetze und Verordnungen, die Mischtatbestände von solchen Handlungen enthalten, die teils vorsätzlich und fahrlässig, teils nur vorsätzlich begangen werden können. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß es sich bei den Kriegsgesetzen und Kriegsverordnungen um gesetzgeberische Maßnahmen handelt, die unter dem Druck äußerer Gefahren rasch zustande gebracht werden mußten. Bei der beabsichtigten Kodifikation der Kriegsgesetze würde sich die Beseitigung der hervor gehobenen Mängel empfehlen.